

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Braunschweigstraße 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407

Nr. 236 Preis: 1.75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den 10 anhaltend wöchentlich 5.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. Halle, Dienstag, den 14. Oktober 1919. Anzeigenpreis: Die halbtägige Nummer-Zeile 20 Pfennig, die viertägige Nummer-Zeile 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr. — 3. Jahrgang.

Die deutsche Schicksalsfrage.

Von Philipp Scheidemann.

Wenn ich durch Enttäuschungen von Überzeugungen abgürtingen wäre, so hätte ich nicht von 1888 bis heute — 36 Jahre lang! — Mitglied der sozialdemokratischen Partei sein können. Also wird mich auch die Rede des Abg. Dörfel wohl veranlassen, die Arbeit an der Einigung des Proletariats aufzugeben. Von dem Abg. Gentz will ich schweigen.

Wir liegt in dieser Kardinalfrage nicht das geringste an Politik. Selbst der Versuchung will mich abhalten, auf alle die freundlichen Unterstellungen einzugehen, als hätte ich aus Angst vor einem Abstrom aus der Partei oder wegen eines besonders raffinierten Wahltricks mich bei den Unabhängigen „anzubiedern“ versucht.

In Halle all das beiseite und führe die Diskussion wieder auf den Kernpunkt zurück, um den der Abg. Dörfel seinen Herumgegangenen ist und der in den Sägen meiner Nationalität, Sammlungssätze enthalten war.

Die Herren von der äußersten Linken predigen ihren Anhängern nämlich von der *generellen revolutionären Gefahr*. Warum lassen sie ihnen nicht, das zur Bekämpfung dieser Gefahr es nur ein Mittel gibt: Einigung der Arbeiterklasse!

Der hilft keine platonische Zustimmung, vor allem, wenn sie mit praktischer Ablehnung verbunden ist, sondern einzig und allein der Entschluß, eine programmatische Einigung zu versuchen.

Denke ich, was agitatorisch immer wirkt, Personen in den Vordergrund gehoben, als die Säule des Anstoßes auf dem Wege der Verständigung. Das ist natürlich grundfalsch. Erst programmatische Einigung, dann erst die Person.

Ich habe mich mit den Herren unabhängig und mich dem vereinbarten Programm noch Parteiführer bleiben können. Was mich anlangt — um auch darüber keine Unklarheit zu lassen — so habe ich bereits auf dem Parteitag in Weimar unabweisbar erklärt, daß meine Person kein Hindernis für eine Übereinkunft sein werde. Was bedeuten Personen bei einem solchen Werte!

Das alles sind Selbstverständlichkeiten oder müßten es sein für Männer, die Politik machen wollen und nicht persönliche oder fraktionelle Interessen darüber stellen.

Aber eine Feststellung hat die Wirkung meiner Reden in Halle wie in der Nationalversammlung schon gebracht: daß nämlich langsam in allen politischen Kreisen die Erkenntnis annehmbar, daß die Einigung des Proletariats die Frage, die deutsche Schicksalsfrage ist! Bis vor kurzem war es allgemeine Meinung der bürgerlichen Presse, Auseinanderstellungen zwischen Sozialdemokratie und Unabhängigen als häusliche Zwist zu behandeln und zu transkribieren. Das hat aufgehört. Gerade in bürgerlichen politischen Kreisen wächst die Erkenntnis, was es ein einziges Proletariat bedeutet. Es sehen, daß ihr heute noch zu weitreichender, angedeutet dauerhafter fundierter Einfluß nicht auf ihrer Einigung — die nahezu unmöglich ist — nicht auf ihren Programmen und nicht auf dem Umfang ihrer Selbstbeherrschung beruht, sondern nur auf der Uneinigkeit der Arbeiterklasse. Die Bürgerlichen leben das — und die Arbeiterklasse, der von Unwissenheit so viel Nachahleren aufgewacht werden, sollten nicht erkennen, daß die einzig wirksame Medizin längst in ihrer Hand ist und nur auf die Anwendung wartet!

Ich habe meine eindrucksvolle Mahnung zur Einigung des Proletariats von der Tribüne des Reichstages aus gerichtet, um alle alten Genossen zu Gebirg zu bringen. Zur Weiterführung der Diskussion eignet sich die Parlamentaristik nicht, selbst wenn sie anders benutzt würde, als es der Abg. Gentz getan hat. Jetzt müßten andere Wege beschritten werden. Die übige Zustimmung in den weitesten Kreisen der Partei, la der Parteien wird nicht fehlen. Das Wichtigste wäre, eine Entgiftung der Atmosphäre herbeizuführen. Mögen die Unabhängigen unsere Fraktion „Schicksalsfrage“ nennen, wie wir ihnen in besonderen Fällen den Namen von Sozialdemokraten und Millionen hinter den beiden Fraktionen nicht, das sind Sozialdemokraten im gleichen Sinne, mit den gleichen Ansprüchen, wie vor der Parteierzählung, selbst von dem Willen, die alte Kampferneuerung so bald wie irgend möglich zu erneuern.

Wer in den Massen gegen die Einigung ist, der hat die einzige Partei nicht interessiert, der ist in den meisten Fällen vor kurzem erst in die Bewegung gekommen, ohne in der schwersten sozialistischen Kampfschlacht der Sozialdemokratie als Kamerad mitgekämpft zu haben. Die besten der Genossen gehen von den gleichen, ihnen lieb gewordenen Erwahnungen und erkennen sich an den gleichen Reden. Auf sie habe ich meine Forderungen für die Arbeiterklasse.

An die Partei!

Genossen und Genossinnen!

Am Sonntag, den 9. November, jährt sich zum ersten Male der Tag, an dem das kaiserliche Reich zusammengebrochen ist. Mehr als vier lange Kriegsjahre hindurch hatte das deutsche Volk unermüdet Opfer an Gut und Blut gebracht, als mit dem Zusammenbruch des Heeres auch das ganze von der Obersten Heeresleitung errichtete Preller-Rigensgebäude in sich zusammenstürzte.

Mit dem Angebot des Waffenstillstandes die hoffnungslose Lage unseres Landes aller Welt erkennbar wurde, hat es dem deutschen Volk wie Gruppen von den Ängsten. Jern erlosche die Waffen, besonders gegen den Träger des imperialistischen Systems, den Kaiser.

„Herlichen Zeiten werde ich euch entgegenführen!“ — so hatte er dem Volk großsprecherisch verkündet. Durch ein Meer von Blut hat er das Volk in das tiefste Elend geführt. Immer härter wurde sein Mikroskop verlangt. Als der Kaiser sich weigerte, seinen Platz zu verlassen, geriet er die letzte Forderung auf eine friedliche Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse in Reich.

Lawinenerartig war der Unwille des Volkes angewachsen. In Kiel fand die erste revolutionäre Erhebung statt, die wie eine gewaltige Feuerzunge die zündenden Fluten über das ganze Reich ausstrahlte.

Aus am 9. November Berlin ohne jeglichen ersten Anstoß und in die Hände der revolutionären Arbeiter und der Arbeiterklasse mit allen ihren Klasseninteressen vorgetragen.

Aus dem vorliegenden, in Not und Elend verfunkenen Kaiserreich entstand die junge deutsche Republik.

„Freiheit und gleiches Recht für alle!“ das war eine Selbstverständlichkeit von selber Tage an. Der Tag ist ein Tag und viele andere sozialistische Forderungen wurden sofort auf Befehl der Volksbeauftragten befriedigt. Aber Brot und Fleisch, Fett und Kohlen lassen sich nicht betretieren — das alles muß in fleißiger Arbeit produziert und transportiert werden! Was auf diesem Gebiete gesündigt worden ist, wiegt um so schwerer, weil das junge Staatswesen abgesperrt von aller Welt, den schwersten Waffenstillstandsbedingungen unterworfen war und jetzt den schwersten Friedensbedingungen unterworfen ist.

Die Abwürgung Sowjet-Rußlands.

Schärfste Entente-Blockade.

Berlin, 11. Okt. Der deutschen Regierung ist durch die Bolschewik-Kommission eine Note überreicht worden, in der es u. a. heißt: Die gegen alle Regierungen gerichtete, unangenehme Feindseligkeit der Bolschewik und das durch sie verbreitete Programm einer internationalen Revolution bilden eine große Gefahr für die nationale Sicherheit aller Mächte. Jedes Anzeichen der Widerstandsfähigkeit der Bolschewik vergrößert diese Gefahr, und es wäre im Gegenteil wünschenswert, daß alle Mächte, die den Frieden und die soziale Ordnung wiederherzustellen suchen, sich vereinigen, um sie zu bekämpfen.

In diesem Sinne haben die alliierten und assoziierten Mächte, u. a. Aufhebung der Blockade gegen Deutschland, ihren Staatsangehörigen nicht erlaubt, die Handelsbeziehungen mit dem bolschewistischen Rußland wieder aufzunehmen. Unter diesen Umständen haben die alliierten und assoziierten Mächte auch die Regierungen Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Hollands, Finnlands, Spaniens, der Schweiz, Mexikos, Chiles, Argentinas, Colombiens, Venezuelas gebeten, im Einklang mit ihnen sofort Maßnahmen ergreifen zu nehmen, um ihre Staatsangehörigen zu verhindern, mit dem bolschewistischen Rußland irgendwelchen Handel zu treiben, und versichert zu werden, daß sie diese Politik streng durchzuführen werden.

Die deutsche Regierung wird gebeten, auch ihrerseits entsprechende Maßnahmen gegen Sowjetrußland zu ergreifen.

Daß eine Teilnahme Deutschlands an den von der Entente gegen Rußland geplanten Blockade-Maßnahmen ihre schwersten Bedenken hat, liegt auf der Hand. Daß Deutschland sich ohne weiteres dazu verstehen sollte, sich an Maßnahmen zu beteiligen, die auf die Verhängung einer Hungerblockade über Rußland hinauszuwirken, ist für uns nach den historischen Erfahrungen, die es fünf Jahre lang mit der Hungerblockade machen mußte, nicht zumutbar.

Es müßte also zunächst einmal festgestellt werden, wie die Entente sich die Durchföhrung der Blockade-

Unsere wirtschaftlichen Zustände sind so schlimm, daß wir nur mit der größten Sorge dem Winter entgegenzusehen können. Zu allem kommen die selbstmörderischen Bruderkämpfe unter den Arbeitern, sowie der offene und geheime Kampf der Reaktionäre gegen die Republik. Wahrhaftig, erster kann die Lage eines Staatswesens nicht sein. Und dennoch brauf wir nicht zu verzagen. Nein, ganz im Gegenteil! Großen Mutes wollen wir in die Zukunft blicken. Die vielen Arbeiter, die von der revolutionären Umgestaltung mehr erwartet haben, als sie bringen konnte, werden an der Einigung kommen, daß man die Wirklichkeit eines großen Landes wohl in kürzester Frist ruinieren, nicht aber sozialisiert umgallten kann.

Die Nationalversammlung hat eine Verfassung beschlossen, die die Mehrheit des deutschen Volkes in die Lage setzt, alles durchzuführen, was vernünftigerweise durchgeführt werden kann. Die Demokratie ist gesichert für alle öffentlichen Einrichtungen und für jeden Einzelnen. Damit ist der Grund gelegt für den Sozialismus, der nur auf demokratischer Grundlage erreicht werden kann. Das gilt es, den Massen zu bringen, und sie zu überzeugen, denen jetzt von Würdigen oder gewissenlosen Quacksalbern goldene Berge versprochen werden.

Am 9. November muß die Jahresbilanz abgeschlossen werden. Das soll und muß ohne jede Verschönerung geschehen. Es muß geprüft werden, was zur Sicherung der Republik geschehen, was für die Demokratie und den Sozialismus erreicht worden ist und was ungenügend weiter erreicht werden muß.

Genossen und Genossinnen!
Treffet ihr den 9. November die Vorbereitungen für feierlichen und würdigen Kundgebungen zu Gunsten der jungen Republik, der Demokratie und des Sozialismus.
Seid pfllichtbewußt: Gestaltet den 9. November zu einer großen Heerschau und zu einem Werttag der Sozialdemokratie.

Berlin, 12. Oktober 1919.
Mit Parteigrüß
Der Parteivorstand.

nahmen und ihre Wirkungen vorstellt. Hierbei wäre dann auch zu erörtern, ob die von der Entente beabsichtigten Maßnahmen überhaupt mit den Grundfragen des Völkerrrechts in Einklang zu bringen sind, sowie mit den Prinzipien, auf denen der Völkerverbund aufgebaut ist. Zur Klärung all dieser Fragen wäre eine eingehende Untersuchung zwischen den alliierten und assoziierten Mächten, Vertretern der neutralen und der Mittelmächte unumgänglich notwendig.

Daß Deutschland kein Interesse daran hat, den Bolschewismus irgendein zu stützen oder zu fördern, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber richtig, ob die von der Entente geplante Blockade ein wirksames Kampfmittel gegen den Bolschewismus ist, das ist ohne weiteres nicht klar, und auch darüber müßte in der Befragung mit den beteiligten Mächten Klarheit geschaffen werden.

Energie Maßnahmen zur Räumung des Baltikums.

Berlin, 13. Oktober. 1919. Method: Die Reichsregierung hat sich in ihrer heutigen Sitzung mit der neuen Note der Entente wegen der Räumung des Baltikums beschäftigt. Nachdem am 11. Oktober bereits die gänzliche Einziehung des Verpflichtungsmandates an die widerständlichen Truppen im Baltikum verfügt wurde, angenommen an die Truppen, die sich nachweislich auf dem Rückmarsch befinden und denen nach der Einziehung: Verpflichtung entgegengesetzt wird, soll nun auch jeder Personenverkehr nach dem Baltikum sofort abgebrochen werden und nur Verzögerung zur Wählung der Truppen einbringen dürfen. Ebenso sind sofort Kontrollmaßnahmen getroffen worden, um die Ausreisepässe unbrauchbar zu machen. Der General a. d. G. der am 12. Oktober nach den letzten Rückmarschbefehl der Regierung und ihren Aufsat an die Truppen ihnen noch bekanntgegeben und mit jedem Nachsatz an die Befolgung einmündlich hat, hat am 12. Oktober entfällt das Kommando an den General a. d. G. abgezogen und wird dieser Tage in Berlin erachtet.

Die Tage im Baltikum.
1919, 13. Oktober. 12. Oktober. Die letzten Truppen haben sich jetzt das rechte Ufer der Düna. Einland beschloß, Verstand zu unterstellen. General Judentich hat

Bermont für einen Bundesbesitz erklärt. Unter den Offizieren und Mannschaften der Nordarmee schienen keine Stimmungen für Bermont vorhanden zu sein, so daß die einstige Regierung bereits unruhig ist und eine besondere Überwachung des zünftigen Militärs angeordnet hat. Die Nordarmee meldet Fortschritt gegen Westan.

23.8. Stettin, 13. Oktober. Die 3000 Können auch Reich und Kaiserherrschaft, die seit dem 1. September in Stettin verbleiben, ist der jetztigen Regierung mit 1000 Mann Besatz besetzt. Die Besatzung muß das Söldnerverhältnis und die Besatzung des Söldners nicht verlassen und bei dem in Stettin. Der Besatzung dient jetzt als Söldner- und Gefangenentransporte.

Witten, 13. Oktober. Von hier meldet: Aus Wiga eingetroffene Posten berichten, daß der deutsche Besatztruppe in Wiga Donnerstag verhaftet worden ist. Ebenso ist die deutsche Besatztruppe in Libau mit einem Personal von den lettischen Behörden verhaftet worden. Gegen die Verhaftung wurde bei der lettischen Regierung Protest eingeleitet.

Sabotage eines Bergwerksbesizers.

In einer der letzten Sitzungen der sächsischen Volkskammer, in der man sich mit der Frage der Kohlennot beschäftigte, hat der Arbeiterminister G. L. D. bekanntlich auch über den Sabotageerwerb eines Bergwerksbesizers berichtet. Es handelt sich dabei, wie wir aus authentischer Quelle erfahren, um das Kohlenwerk Lubenendorf bei Froburg. Der Inhaber des Werkes, das 250 Arbeiter beschäftigt, davon etwa 100 beim Abraum, hatte vor Jahren mit einer Abraumfirma einen Vertrag abgeschlossen, den letztere wegen der völligen Veränderung der Verhältnisse nicht mehr einhalten konnte. Der Besitzer des Wundenberges Kohlenwerks legte jedoch ab, einen neuen Vertrag abzuschließen. Auf Veranlassung der Regierung erzielte die Abraumfirma zunächst weiter, bis sie schließlich vom Wundenbergs Werk gegen 85 000 Mk. zu fordern hatte. Der Besitzer stellte sich aber nicht vor auf den Boden des alten Vertrags und verweigerte Zahlung. Die Regierung ersuchte ihn darauf, die Abraumfirma zu dem schlechtesten Preis einen Aufschlag zu bewilligen, wobei ausdrücklich betont wurde, daß der Abraumfirma nur das gewährt werden sollte, was andere gleichartige Unternehmungen auch erhalten. Der Bergwerksbesitzer erklärte darauf kurz und bündig, da mache er nicht mit, sondern machte die Ende zu. Die Regierung konnte bei der gegenwärtigen Kohlennot selbstverständlich nicht dulden, daß es zu einer solchen Entscheidung des Bergwerksbesizers kam, weshalb sie aber zunächst mit Verhandlungen, doch zeigte sich der Bergwerksbesitzer durchaus unzugänglich. Inzwischen stellte sich heraus, daß der Grubenberg Anweisung gegeben hatte, nicht mehr als 7000 Hektoliter täglich zu fördern, eine Anordnung, deren Wirkung sich auch alsbald zeigte, denn die Kohlenförderung ging immer mehr zurück. Die Regierung hat sich darauf gezwungen gesehen, das Werk in staatliche Zwangsverwaltung zu nehmen mit dem Erfolge, daß die Produktion seitdem um etwa 3000 Hektoliter den Tag gestiegen ist. Der Bergwerksbesitzer hat darauf den Klagenweg beschritten und die erste Instanz hat entschieden, daß es von der Regierung einmündig die Zwangsverwaltung und der Unternehmer den Betrieb wieder zu übernehmen hat. Die Sache wäre vielleicht anders verlaufen, wenn die Regierung — wegen Abwesenheit des Ministers ist dies unterblieben — ihren Standpunkt zur Klage gebracht hätte. Inzwischen ist von der Regierung Anfechtungsanträge erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Dagegen das vorinstanzliche Urteil also keine Rechtskraft erlangt, hatte sich der Betriebsbesitzer mit Unterstützung des aus Unabhängigen und Kommunisten bestehenden Betriebsrates logisch wieder eingeleitet. Der Betriebsrat hat die Arbeiter des Betriebes in den Streit gezogen, indem ihnen gesagt wurde, sie sollten doch nicht eine Regierung unterstützen, die sie so sehr gekränkt werde. Der unabhängig-kommunistische Betriebsrat handelte also in hoher Eintracht mit dem Unternehmer, der sich zur Tragung sämtlicher Streitigkeiten verpflichtet hatte. Als die Leute hinter den Schindel kamen, haben sie den Betriebsrat abgelegt und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Regierung das Werk weiter in Zwangsverwaltung übernimmt und daß die Kohlenförderung gehoben werden möge. Der Unternehmer hat mit dem ihm gefügigen Betriebsrat nur eine Woche gewirkt, ein kurzer Zeitraum, der aber genügt hat, die Förderung auf den Grund zu bringen. Diese Zeit ist auch bezeugt worden zu Berlin, in dem die Regierung die Entscheidung erging. Seitdem hat sich die Produktion aber schon wieder gehoben.

Bemerkter sei ausdrücklich, daß das Vorgehen der Regierung von den anderen Bergwerksbesitzern gebilligt worden ist.

Das endlose "Spalten".

Die "Einigkeit" bei den Gewerkschaften wird immer erdrückter. Der Sozialballus, mit dem sie einst die Sozialdemokratie gespalten haben, wütet jetzt in ihrem eigenen Leibe. Die Kommunisten haben erst die E. P. D., dann die U. E. P. gespalten; nun, da ihnen kein weiteres Objekt bleibt, spalten sie sich selber. Das Erfurter kommunistische Blatt "Der Kommunist" veröffentlicht folgende Kriegserklärung der E. P. D. gegen die Berliner "Noten-Pagane":

Die "Noten-Pagane" von Berlin, auf deren Herausgabe die Zentrale der E. P. D. seinen Einfluß hat, hat in den letzten Nummern wiederholt die "Einigkeit" der "Noten-Pagane" dem Namen des Kommunisten, die die "Einigkeit" nicht zulassen. Als solche Artikel werden wir an denjenigen, der die Sabotage als individuellen Einseitigkeit als die neue Waffe des Sozialismus erklärt.

In ihrer Nummer 55-60 veröffentlicht nunmehr die "Noten-Pagane" einen Artikel, an dessen Schluß es heißt, daß die Sozialdemokratie erkennen müsse, daß es sich auf dem Boden des Sozialismus zu formieren habe. Dieser Boden ist die revolutionäre Betriebsorganisation.

Damit ist im substantiellen Sinne Wort und Zweck der politischen Partei überbaut und der kommunistischen in besonders hohem Grade.

Die Zentrale der E. P. D. erklärt, daß sie den oder die Verfasser dieses Artikels und die für dessen Aufhören Verantwortlichen als der E. P. D. nicht mehr zugehörig betrachtet. Die Zentrale der E. P. D.

schon auf, sei überzeugt, mit ihrem sozialistischen Programm im Besitz des alleinigen wahren Glaubens zur Erklärung des Sozialismus zu sein. Dafür werden sie von der E. P. D., die sich überflüssig für die alleinige machende Kirche hält, exkommuniziert und mit dem großen Klagenbuch belegt. Spaltung überall! Spaltung im "Neuen Volkswort", Spaltung innerhalb der E. P. D., Spaltung innerhalb der U. E. P.! Wo noch eine größere Anzahl Stabkader unter einer Partei vereinigt ist, da tritt prompt die Spaltung ein. Eine derartige Spaltung ist es, die sich jetzt in der Berliner Arbeiterbewegung zeigt, was das "Volkswort" zu diesem Vorfalle zu sagen hat. Es schreibt unter der Überschrift: "Die Verwirrung in der E. P. D.":

"Die Unklarheit in den Reihen der Kommunisten über die elementarsten Fragen der Klassenamplifikation nimmt dauernd zu. Dieser Zustand ist jetzt an ihnen und der Arbeiterbewegung überhaupt eine Disziplinierung von den in der Unabhängigen Sozialdemokratie organisierten revolutionären Massen."

Das heißt, was das "Volkswort" hier in seiner parlamentarischen Manier schreibt, ohne dabei auch nur mit einem Wort zu erwähnen, daß das hier über die Kommunisten Gesagte Wort für Wort gerade auf die Unabhängigen zutrifft.

Sulphidierung im Berliner Metallarbeiterstreik.

Die obstehende Antwort des Verbandes der Berliner Metallarbeiter an den Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministers hat, wie nicht anders zu erwarten war, die Situation wesentlich verschärft. Trotz der Versicherung der Unternehmer, daß sie gar nicht daran denken, die Eigenliebe abzubauen, setzt die Antwort doch so wenig Entgegenkommen, daß die streikenden Arbeiter nur das starre Nein herauslesen. Wohl jeder, dem das Wohl unserer verzerrten Volkswirtschaft am Herzen liegt, fühlt genötigt, daß die Unternehmern bei ihrem Verhalten besser beraten gewesen wären. Deren Standpunkt und Eigenliebe sind solche Mitarbeiter beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Was die Arbeiter an es auch, über Streiks zu lancieren und selbst sich bedauerlich zu helfen, wenn die Möglichkeit gegeben ist, einen so gewaltigen Streik durch Verhandlungen zu beendigen.

Wenn es nicht doch noch in letzter Stunde gelingt, eine beide Teile befriedigende Verhandlungsbasis zu schaffen, dürfte der Streik sich bald auch in anderen Industrien und darüber hinaus auch für die gesamte Bevölkerung sehr verheerend machen. Wie nämlich die Streikleitung mittels, nahm eine Konferenz der Funktionäre der Heizer, Maschinenisten und Elektriker folgende Entscheidung an:

"Zur Befähigung der Öbsten des Heizer- und Maschinenverbandes wird dem Reichsarbeitsministerium anheimgestellt, auf Grundlage des Vorschlages des Herrn Reichsarbeitsministers Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Verband der Berliner Metall-Industrieller bis Mittwoch, 15. Oktober 1910, vormittags 12 Uhr einzuberufen. — Welches sich der Verband der Berliner Metall-Industriellen, auf der vom Arbeitsministerium vorgelegten Grundlage bis Mittwoch mittig in Verhandlungen eintrifften, so lehnen die Heizer und Maschinenisten die Verantwortung für alle aus dieser Weigerung entstehenden Folgen ab."

Das heißt mit anderen Worten, wenn bis zum Mittwoch mittig nicht die Möglichkeit geschaffen ist, die streikenden Parteien über die Art der Verhandlungen zu einigen, besteht die Gefahr, daß nicht nur in industriellen, sondern auch in lebensnotwendigen Betrieben, wie Gas-, Wasser- und Elektrizität, sich die Folgen eines Streiks der Maschinenisten und Heizer fühlbar machen werden. Die Schuld daran liegt diesmal nicht den Arbeitern, sondern daß seiner Halsstarrigkeit dem Verband der Metallindustriellen zur Last.

Das Befinden Gades.

Während das "Berl. Tagebl." meldet, daß im Befinden Gades eine Besserung noch nicht eingetreten sei und wohlgeheuer, ist die Meinung der Experten genommen werden müsse, sagt der "Korrespondenz-Blatt" es besser. Die Unternehmung hat ergeben, daß eine neue Operation nicht erforderlich ist.

Demonstration der Frankfurter Eisenbahner.

In Frankfurt a. M. legten etwa 15 000 Arbeiter in sämtlichen Eisenbahn-Werkstätten und Betriebsämtern die Arbeit nieder und veranstalteten eine Demonstration vor dem Reichspräsidenten. Als der Präsident erklärte, die Forderungen der Arbeiter sind eigener Verantwortung überlassen, erklärte er, daß durch den Austritt der Vertreter ihrer Partei aus der Regierung das Land aus dem schweren Krisenstadium ausgeht und die politischen, kulturellen und sozialen Reformen, die die Revolution gefordert werden. Die Regierungstruppe scheint jenseitig besorgt zu sein.

Belagung der dänischen Regierungstruppe.

23.8. Kopenhagen, 13. Oktober. Die gegen die in der sozialdemokratischen Landesregierung, die sich mit der bayerischen Regierungstruppe befand, hat einstimmig eine Entscheidung angenommen, in der sie zum Ausdruck bringt, daß sie angesichts der für den Winter zu erwartenden Schwierigkeiten die Verantwortung nicht auf die bayerischen Sozialisten, sondern auf die Vertreter ihrer Partei aus der Regierung das Land aus dem schweren Krisenstadium ausgeht und die politischen, kulturellen und sozialen Reformen, die die Revolution gefordert werden. Die Regierungstruppe scheint jenseitig besorgt zu sein.

Die Wahlhänger Arbeiterkonferenz.

23.8. 13. Okt. Paul "Neues Courant" teilte der Sekretär Wilsons mit, daß die Arbeiterkonferenz am 20. Oktober stattfinden wird, wenn der amerikanische Senat den Friedensvertrag ratifiziert hat, was jedoch nicht wahrscheinlich ist. Sollte die Ratifizierung noch nicht erfolgt sein, müßten die Delegierten selbst eine Entscheidung über die Konferenz treffen. Sie werden wahrscheinlich zusammenkommen und die Amerikaner anfordern, trotz der nichterfolgten Ratifizierung des Friedensvertrages nach Amerika, an der Konferenz teilzunehmen.

Streik aller amerikanischen Eisenarbeiter.

23.8. 13. Okt. Der "Neue Courant" meldet aus New York, daß infolge der Weigerung der internationalen Poderegelungs-Kommission, eine Vönerhöhung zu gewähren, der Streik für alle Eisenarbeiter an der Küste des Atlantischen Ozeans erklärt worden ist. Man glaubt, daß der Streik auch auf die überseeischen Handelsstädte übergehen wird. 500 000 Tonnen Lebensmittel lagen am Montag ungeschützt in New Yorker Hafen.

Streik der amerikanischen Bergarbeiter.

Philadelphia, 12. Oktober. Reuter meldet: Es ist so gut wie sicher, daß die Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Besitzern der Kohlengruben sich zerfallen haben. Der Ausbruch des Streiks wird für den 1. November erwartet und wird 325 000 Bergarbeiter umfassen.

Wilsons Krankheit.

23.8. 13. Okt. Paul "Neues Courant" veröffentlicht die "New York Times" einen Brief des Senators Wilson, in dem es heißt, daß Präsident Wilson an einer Gehirnerkrankung leide, die eine feste Entscheidung zur Folge haben könne. Wilson werde wieder genesen, aber seine Kräfte seien schwach. In Washington sieht die Unstetigkeit darüber, wann der Präsident in der Lage sein wird, die Leitung der Geschäfte zu übernehmen, zu einer großen Verwirrung. Unter den Fragen, die noch geklärt werden müssen, befindet sich der Streitfall zwischen Amerika und Großbritannien wegen Besitzes des "Imperator" und insbesondere wegen bezüglich Gütern, Armenien und Konstantinopel, deren Lösung durch die Krankheit Wilsons verzögert wird, was zu nationalen Besorgnissen Anlaß gibt.

Keine schwarzen Listen mehr.

23.8. London, 12. Oktober. (Reuter.) Die Anwälte des Amt teilt mit, daß die schwarzen Listen jetzt gemäß der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes endgültig abgeschafft worden sind.

Der Kampf um die Betriebsräte.

Die Gegenstände können vorübergehend durch interaktionelle Verhandlungen der Mehrheitsparteien im sozialpolitischen Ausmaß eine wesentliche Milderung zu erfahren. In der Donnerstag-Sitzung haben jedoch Demokraten und Zentrum den von ihnen unterzeichneten Kompromißantrag über die Vertretung der Angestellten im Betriebsrat im Stich und stimmten mit der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei für einen Antrag Schueber (Demokrat), der den Angestellten ein größeres Vertretungsrecht auf Kosten der Arbeiter versichert. Damit ist der Wert interaktioneller Verhandlungen für die Sozialdemokraten sehr in Frage gestellt. Ihre Kommunisten werden sich schuldig machen müssen, ob sie nach diesem Vorgang noch weiterhin an interaktionellen Verhandlungen ein Interesse haben. Es wurde mit einem Änderungsantrag Begün angenommen, der der Reichsregierung vorbehaltlich der bevorstehenden gesetzlichen Regelung der Beamtenträte das Recht gibt, durch Verordnung zu bestimmen, daß gewisse Gruppen von Beamten der öffentlichen Betriebe des Reiches sowie öffentlich-rechtlichen Körperlichkeiten als Arbeiter oder Angestellte im Sinne des Gesetzes zu betrachten sind; für die öffentlichen Behörden und Betriebe der Länder, Gemeinden und Gemeindegemeinschaften kann das Gesetz durch Verordnungen der Landesregierungen bestimmt werden. Es wurde außerdem angenommen, § 5 wurde die Zahl der Betriebsrätsmitglieder in Betrieben von 100 bis 200 auf 6 festgelegt. Die §§ 7 und 8 (Bildung von Abteilungsräten) wurden gestrichelt. Die Verhandlungen gehen jetzt fesselnd vor hatten; insbesondere von demokratischer Seite werden immer neue Schwierigkeiten gemacht. In der Donnerstag-Sitzung brangen unsere Genossen energisch auf eine bedeutsamere Verabschiedung der Vorlage IV der Kommission.

Verteumbel!

Mögen die Deutschnationalen ihren Monarchismus betonen, das ist ihr gutes Recht, solange sie nicht verlangen, die Republik genauso als erschlüßern oder umzuführen. Mögen sie gemeine Wälder und läugerliche Schriften verbreiten — das Volk wird auf die Dauer daran nur die eble Art der Kalkulation und "Ansprüche" erkennen, wie es jetzt die Arbeiterklasse hat. Aber schäbig und niederträchtig ist es, die aus der Gefangenensicht zurückzuführen, vom politischen Leben Deutschlands seit Jahren abgeschlossenen durch bewährte Taten gegen die Republik beeinflussen zu wollen. Das geschieht, wie mitgeteilt wird, durch Mißbrauch des Vorgesetztenamtes in Gefangenenerlägen, es wird auch versucht in einer Entscheidung des sühringischen Landesparlamentes der sich jetzt deputationalen nennenden Konventionen, deren Herrschaft uns den Kopf der ganzen Welt zugehen und sich damit als überst amputationen erweisen hat. Die Entscheidung lautet:

Die Heimkehrer sollen es die Revolutionen patellen niemals verlassen und sie nicht als die Vertreter des Sozialismus in der Welt, ohne vorher über die Heimkehrer unserer Gefangenen eine verbindende Grundsatz zu erlassen.

Mit den Waffenstillstand gedrängt hat bekanntlich vor allem die Oberste Heeresleitung, und wäre er nicht aufgehoben worden, so wären nur noch ein paar Hunderttausend mehr in Gefangenschaft geraten, ganz abgesehen von den Toten, Verwundeten, Vertrüppelten. Aber das ist ja den Deutschen egal!

Der zweite Münchener Gefangenenschein. Bei der gestrigen Verhandlung im zweiten Gefangenenschein beantragte der Staatsanwalt für Greiner, Kommerzienrat und Arlenbo die Todesstrafe für Debra 13 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Nickel-Mitesser

Dr. C. Hoffmann & Co., Berlin-Schöneberg E. 34.

Lehnauer Str. 20, Gressendorf, Burgstr. 12, Leichter, Schiffs- wagen 56, Jörner & Grünberg, L. Nr. 22, zum Kohlelieferungs annehmen. Der Verkauf darf nur nach den Nummern der Kundenliste erfolgen. Die Kohlelieferanten sind verpflichtet, in den Schaufelern bekannt zu geben, welche Nummern in den einzelnen Stunden zum Einkauf zugelassen werden. Bei dem Einkauf sind die von den Kohlelieferanten auszubehaltenden Marken und der Warenbeleg Nr. 25 vorzulegen. Die Marke 412 ist von den Kohlelieferanten für den Verkauf der Kohle durch die Kohlenwerke zu geben, welche Nummern in den Kohlelieferanten bis zum 17. Oktober an das Stadtmärkteamt, 1. Obergesch. Saal links, zu 100 Stück gebündelt in verschlossenen, mit der Firma versehenen Umhäng abzuliefern. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt 220 M. für 1 Pfund Bunt.

Einkaufspreis von Kohle an die Leute über 70 Jahre in der Talamtstraße am Mittwoch, den 15. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittellisten mit den Nummern 1 bis 38 000 vormittags von 8-12 Uhr und die Inhaber der Nummern 38 001 bis 74 000 nachmittags von 2-6 Uhr. Auf jede 100 M. der besonderen Besondere für alte Leute über 70 Jahre können bis 74 000 Gramm zum Preise von 1,50 M. abgegeben werden. Der Lebensmittellisten sind vorzulegen. Abgebildetes Geld ist bereitzustellen.

Einkaufspreis von Wein, Obst, Gemüse, Fleisch, Fisch, Butter, Eier, Käse, Milch, Honig, etc. am Mittwoch, den 15. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittellisten mit den Nummern 1 bis 10 000 vormittags von 8-12 Uhr und die Inhaber der Nummern 10 001 bis 19 000 nachmittags von 2-6 Uhr. Für jeden Haushalt bis zu vier Personen kann ein Pfund Wein, für je weitere drei Personen eines Haushaltes kann noch ein Pfund Wein zum Preise von 7,50 M. (einschl. Glas) abgegeben werden. Es können nur diejenigen Haushalte berechtigt werden, welche bei der 4. Sonderverteilung noch nicht mit Zinsen befreit worden sind. Der Lebensmittellisten sind vorzulegen. Abgebildetes Geld ist bereitzustellen. Keine Gläser zum Preise von 40 Pf. bei der Firma Max Ott, Steinweg 26, zurückzugeben.

Warenpreise für Sacharin. Die Inhaber von Apotheken und Drogeriegeschäften werden hierdurch aufgefordert, am Mittwoch, den 15. Oktober, im Stadtmärkteamt Marktpl. 22, Zimmer 9, während der Dienststunden, vormittags von 8-12 Uhr, die Warenpreise für Sacharin abzugeben. Ein Ausweis ist mitzubringen.

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 1/8 Uhr:
Zum letzten Mal:
Schwarzwaldmädel.
Mittwoch Premiäre:
Eine Walzernacht.
Operette von Dr. Hans Bachwitz.
Musik von R. Gähler.
Der Komponist am Dirigentenpult.
Kasse v. 10-1/2 u. 4-6.

Stadt-Theater.
Mittwoch, d. 15. Okt. 19, Anf. 7 1/2, 10, 10 1/2 Uhr:
Die Zauberflöte.
Donnerstag: Hannerl.

Markenfreie Kerzen
bei **M. Bartl,**
Gr. Steinf. 54,
Ecke Margaretenstr.

Naumburg an der Saale
Rest. „Zum Freischütz“
Nähe Hauptbahnhof
empfiehlt seine Lokalitäten zum gemütlichen Aufenthalt. • Parteitisch liegt dort aus.

Bockwitz.
Eröffnung am 15. 10. mein, mit allen der Neuzeit entsprechenden gesundheitlichen Einrichtungen versehenes
Öffentliches Bad.
Geöffnet Mittwochs b. Sonntags nachmittags von 3-9 Uhr, Sonntags vormittags von 8-12 Uhr.
Wilhelm Wagner
Kleinleipziger Strasse 1.

Bitte beachten Sie
die Nummer unseres Postfachkonto
87573
Postfachamt Leipzig
Berlag der Volksstimme,
G. m. b. H.

Karbidlieferung an die Kleinbändler. Nach einem Rundschreiben der Karbidverteilungsgesellschaft in Berlin erfolgt die Karbidlieferung unmittelbar an die Kleinbändler. Um einer Beschaffungsnot vorzubeugen, werden die Kleinbändler darauf hingewiesen, ihren Bedarf möglichst frühzeitig bei dem zuständigen Vertriebsbüro des Karbid-Verkaufsgesellschaft u. b. H. Magdeburg, Halberstädter Str. 8, anzumelden, nach Maßgabe der Verkaufsbüro zugewiesenen Mengen an Karbid, das während der eingegangenen Anforderungen verteilt werden.

Ergebnisse. Vom 16. Oktober bis 8. November gelten von der Grublarie Nr. 3 die Abschnitte 9-12. Die Abschnitte 1-8 verlieren mit dem 15. Oktober ihre Gültigkeit.
Saale, den 14. Oktober 1919. Der Magistrat.

Ämliche Bekanntmachungen für Weienfels.
Sitzung der Stadtverordneten, am Mittwoch den 15. Oktober, 6 Uhr nachmittags, im Stadtkonzeptsamt, wozu die Mitglieder des Kollegiums hiermit eingeladen werden. Tagesordnung: 1. Einführung des Stadterordneten Mühlhans, 2. Vortragsprotokoll für die nächsten Arbeiter, 3. Neuweisung der Gehälter des Oberbürgermeisters und Bürgermeisters, 4. Festlegung der Gehälter des Stadtrats, 5. Anstellung eines Stadtmöbels, 6. Anstellung einer Leiterin des Jugendvolkshauses, 7. Ueberweisung des Haushaltsplanes, Abschnitt XI, A, IV, 2, 8. Ueberweisung des Haushaltsplanes, Abschnitt X, D, 9. Herleitung eines Anbaues an die Spielanlage, 10. Beschaffung von zwei Selbsthilfen zur Kohlenlieferung für das Elektrizitätswerk, 11. Anstellung von zwei Transformator für das Elektrizitätswerk, 12. Verkauf von Straßenland an Dachdeckermeister Marij Schumann, 13. Bewilligung von 435,84 Mark für Ueberführung, 14. Bewilligung von 240 M. Mehrausgaben zu Sanitätsplan Abschnitt II, 15. Anstellung der monatlichen Ratenprüfungen, 16. Eröffnung der Sitzung zum Arbeitsnachsorgeverband Gähner Arbeit, 17. Antrag eines Geländes, 18. Abwahl eines Stadterordneten, 19. Wahl einer Wirtschaftsupräsentation, 20. Erwahl eines Mitgliedes der Kindergesundheitskommission, 21. Erwahl der Einkommenssteuer-Beratschungs-Kommission, 22. Erwahl von Krankenhaushelfern.
Weienfels, den 10. Oktober 1919
Der Stadtverordneten-Vorsteher, Jungmans.
Städtischer Polizeisau.
Am den für diesen Winter zu erwartenden Mangel an Feuerungsmaterialien entgegenzukommen, ist Herr Fabrikbesitzer Dr. Schöpp, hier, an der Pf.-Anlage von uns mit dem Verkauf von Brennholz beauftragt werden.

Der Preis für einen Zentner dieses, orenreines Brennholz beträgt 12 Mark. Außerdem erfolgt nach wie vor durch unsere Warenarbeiten, Biermannstraße 8-9, der Verkauf von feinstem, orenreinem Brennholz. Der Preis hierfür beträgt für einen Zentner 9 M., für 1 Sad (20 Rgr.) 3,60 M., für 1 Korb (10 Rgr.) 1,80 M., für 1 Bund (4 Rgr.) 75 Pf.
Es empfiehlt sich im eigenen Interesse der Bürgerschaft, die Aufträge umgehend einzureichen, damit maghtratsseitig die erforderlichen Bestellungen alsbald erfolgen können.
Weienfels, den 10. Oktober 1919. Der Magistrat.

Besteuerungsausschuss.
Am Dienstag, den 14. und Mittwoch, den 15. Oktober, finden in den nachstehenden Geschäften der Verkauf von Petroleum auf die neue Besteuerungsausschuss, Oktober 1, wie folgt statt: **Konsumverein** Schillerstraße, Dienstag, Nr. 1-500, **Konsumverein** Schillerstraße, Mittwoch, Nr. 501-1000, **Hoste**, Tagewerbenstraße, Dienstag, Nr. 1001-1500, **Hoste**, Tagewerbenstraße, Mittwoch, 1501-2000, **F. W. Heyd**, Markt, Dienstag, 2001 bis 2000, **F. W. Heyd**, Leipziger Straße, Dienstag, Nr. 2001-3000, **Kuhm**, Nikolaistraße, Dienstag, Nr. 3001-3000, **F. W. Heyd**, Nikolaistraße, Dienstag, Nr. 3001 bis Schluss. Auf jede Marke wird 1 Liter Petroleum zum Preise von 25 Pf. abgegeben.
Weienfels, den 14. Oktober 1919. Der Magistrat.

Ämliche Bekanntmachungen für Bitterfeld.
Bekanntmachung.
Auf Abschnitt 18 des Lebensmittellisten kann je nach Einkommen in den Butterverkaufsstellen ein Ration zum Preise von 65 Pf. entnommen werden.
Bitterfeld, den 13. Oktober 1919.
Der Magistrat, Richter.

Sonja-Haus.
Auf Abschnitt 19 des Lebensmittellisten kann von heute ab 1 Pfund Sonja zum Preise von 80 Pf. entnommen werden.
Bitterfeld, den 13. Oktober 1919.
Der Magistrat, Richter.

Ämliche Bekanntmachungen für Delitzsch.
Schweinefleischverkauf.
Vom Dienstag, den 14. Oktober, auf je ein Buttermarktschnitt der 38. Woche 1/2 Pfund Schweinefleisch zu 14 M. das Pfund.
Delitzsch, den 13. Oktober 1919. Der Magistrat.

In **Puppen- u. Spielwaren** finden Sie reiche Auswahl im **Spielwarenhaus** **Rud. Weibezahl**
Obere Leipzigerstrasse 66.

Die Kundschaft rennt
Ihnen den Laden ein, wenn Sie Ihre Waren dem Publikum durch **eine Anzeige** anbieten in der weitverbreiteten **„Volksstimme“.**

Vom 14. bis 22. Oktober
sind meine Preise folgende:
Lumpen 20-30 Pfg. per kg, Knochen 18 Pfg. p. kg, Alt-Kupfer 410 Pfg. p. kg, Messing 210 Pfg. per kg, Zink und Blei 100 Pfg. p. kg, Bücher u. Zeitungen 14 Pfg. p. kg, Alt-Papier 4 Pfg. p. kg, Kaninchen 50-200 Pfg. per Stück.
Klempner und verwandte Berufe für Metallarbeiten höhere Preise.
Gerne kaufe alle Sorten Eisen, Kupfer, Zinn, Blei, etc. zu höchsten Preisen.
Anna Theuring
Nur Gr. Wallstr. 42.
Telephon 4263.

Gute, zuverlässige **Dauerbatterien** sehr preiswert
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90

Technische Nothilfe
Zeitfreiwillige
Merseburg.
Auskunft Meldungen und Annahme im Gebäude der **Landesversicherungsanstalt**, Zimmer 68.
Geöffnet von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme“ zu beziehen.

Scheffelbrot
darf wegen seiner Güte in keinem Haushalt fehlen
Emalle-Waren
in blau und grau in grosser Auswahl empfiehlt **Max Belger,**
Spezialgeschäft für Emallewaren und Aluminium
Geiststrasse 59-60.

Stellen finden.
Schachtmeister
in künstl. Oberarbeiten durchaus erfahren, stellt sofort ein
Friedrich Redmann,
Delitzscherstr. 6.
Ächtigen, selbständigen Ankerwickler
185 Rosenthalerstrasse, 1263
K. Kast,
Geiststr. 23.
Schmiedelehrling
Max Bley, G. m. b. H.,
Geiststr. 14, Delitzsch,
Preis Delitzsch.

